



Stellungnahme des Netzwerks SprachenRechte zum Bildungsprogramm der Regierung Dezember 2017

Das Netzwerk SprachenRechte, ein Zusammenschluss unabhängiger Sprach- und BildungsexpertInnen sowie JuristInnen, stellt zum Bildungsplan der Regierung zusammenfassend fest:

1. Hätte sich das von den VerfasserInnen des Bildungsprogramms so genannte „differenzierte“ Bildungssystem, sprich die Trennung von Kindern bereits im Alter von 10 Jahren“, bewährt, dann gäbe es die aktuellen Problemfelder nicht. Das „differenzierte“ Schulsystem mit seiner frühen Selektion, mit seiner einsprachigen Ausrichtung und der Notwendigkeit elterlicher Unterstützung bringt mit sich, dass Kinder aus ökonomisch, sozial und kulturell benachteiligten Familien zurückbleiben.
2. Die Vorstellung von „Deutsch vor Schuleintritt“ übersieht die Entwicklungsbedingungen von mehrsprachig aufwachsenden Kindern und die Notwendigkeit einer Berücksichtigung unterschiedlicher Voraussetzungen über die gesamte Pflichtschulzeit hinweg.
3. Ganz abgesehen davon, dass dem Programm ein schwammiger und nicht nachvollziehbarer „Leistungs“begriff zugrundeliegt, kann u.E. das Ziel „weniger Bürokratie und mehr pädagogische „Leistung““ und Qualität mit den Plänen der Regierung nicht erreicht werden, da die geplanten Maßnahmen der Überprüfungen und Extra-Beschulung einen enormen administrativen Aufwand bringen werden.

Zu den Zielen und Herausforderungen

Vereinheitlichung – Standardisierung – Leistung - Überprüfung

Diese vagen Schlagworte verweisen auf eine Technisierung und Ökonomisierung von Bildung. Dass damit den aktuellen Problemfeldern und Herausforderungen erfolgreicher als bisher begegnet werden kann, stellen wir in Frage. Die Pläne der Regierung bieten an entscheidenden Stellen mehr von dem, was bereits jetzt von Sprach- und BildungswissenschaftlerInnen als Hemmnis für erfolgreiche Bildungswege jener Schülerinnen und Schüler beschrieben wird, die als Herausforderungen wahrgenommen werden.

Zu den Maßnahmen in der Elementarpädagogik

Die Qualität in der Elementarpädagogik wird durch Schaffung eines anregenden und vielfältigen Angebots, durch reichhaltige Interaktionen und durch sichere Beziehungsangebote geschaffen. Sie hängt eng mit der Ausbildung des



Kindergartenpersonals (PädagogInnen und Hilfskräfte) und dem Betreuungsschlüssel zusammen.

Die Schlagworte „Sprache, Bildung & Werte“ haben mit Qualität von Elementarpädagogik per se nichts zu tun, insbesondere ist unnachvollziehbar, was in diesem Kontext mit „Werte“ gemeint ist

Wir begrüßen die Bestrebungen, die **Ausbildung des Kindergartenpersonals auszubauen und auf das tertiäre Niveau zu heben – entscheidend wird sein, ob das Ziel auch umgesetzt wird, denn das ist nicht das erste Regierungsprogramm, in dem das angekündigt wird.** Und wir geben auch zu bedenken, dass im Kindergarten beinahe zu gleichen Teilen Pädagoginnen und Hilfskräfte eingesetzt werden, die sehr geringen Qualifizierungsanforderungen genügen müssen.

Die Erarbeitung eines neuen Bildungsrahmenplans ist nicht notwendig, vielmehr ist **der bestehende Rahmenplan an die Ausgangsbedingungen der Kinder anzupassen, und dazu gehört die Bedingung des mehrsprachigen Aufwachsens und Lernens.** Es zeugt von einer gefährlichen Ignoranz von Bildungsverantwortlichen, wenn sie diese Kinder, die nicht nur einen zunehmenden großen, sondern vor allem zukunftssträchtigen Teil unserer Gesellschaft darstellen, in ihren sprachlichen Voraussetzung nicht fördern, sondern ihnen die Teilnahme am Schulwesen zusätzlich durch „Standardisierungen“, die sich an einsprachigen Normen orientieren, erschweren.

Standardisierte Sprachstandserhebungen im Kindergartenalter ignorieren die spezifischen Gesetzmäßigkeiten kindlicher Sprachentwicklung, gehen an deren Bedingungen vorbei und können keine hilfreichen Aussagen über weitere Entwicklungen machen, sodass verbindliche und standardisierte Förderprogramme gerechtfertigt wären. Dies gilt nicht nur, aber vor allem auch für mehrsprachig aufwachsende Kinder. Zu frühe Standardisierung und Kontrollen verhindern gerade das, was zentrale Aufgabe der Elementarpädagogik ist: Die Kinder da abholen, wo sie herkommen, und auf ihre individuellen Stärken und Schwächen eingehen.

Eine verpflichtende Deutschförderung in Kindergärten geht am Grundproblem vorbei!

Kinder im Kinderalter entdecken sich und die Welt und dabei gehen die sprachliche, kognitive und emotionale Entwicklung Hand in Hand. Will man nun Kinder in ihrer gesamten Entwicklung bestmöglich unterstützen, um ihre Bildungslaufbahn positiv zu beeinflussen, so legen aktuelle Studien wie auch Erfahrungen aus der Praxis nahe, bei der sprachlichen Förderung im Kindergarten das gesamte sprachliche Repertoire der Kinder zu nutzen und die deutsche Sprache Hand in Hand mit den mitgebrachten Sprachen zu entwickeln.

Die Vorstellung, dass eine zur Alltagspraxis hinzukommende Extraförderung der deutschen Sprache bei mehrsprachig aufwachsenden Kindern bewirke, dass diese durchwegs die gleichen Startbedingungen für eine erfolgreiche Schullaufbahn haben, sodass eine weitere Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit der Kinder obsolet wird, ist bisher durch keinerlei



aussagekräftige Studien erbracht. Hingegen verweisen Forschungen auf eine Dauer des Zweitspracherwerbs während des gesamten Bildungsverlaufs von 5-10 Jahren.

Zu den Maßnahmen im Schulsystem

Der Plan, die „Einteilung des Bundesgebietes in standortgestützte Schulsprengel im Bereich der Neuen Mittelschule aufzulösen“ ist in Hinblick auf seine segregierende Wirkung sehr kritisch zu sehen. Schulsprengel sind kleinste organisatorische Einheiten, die garantieren, dass jedes schulpflichtige Kind eine Schule am Wohnort bzw. in der Nähe des Wohnortes besuchen kann. Im ländlichen Raum ist das die Volksschule in der Gemeinde. Größere Gemeinden (z.B. Wien, Graz und St. Pölten) haben bereits vor längerer Zeit die Schulsprengel aufgelöst, sodass das Kind auch eine Schule in einem anderen Bezirk bzw. Wohnviertel besuchen kann. Das führt bereits jetzt in den städtischen Ballungsräumen zu „guten“ und „schlechten“ Schulen, zu „Inländer-“ und „Ausländerschulen“. Es steht also zu befürchten, dass die Aufhebung der Sprengel die Führung eigener „Ausländerschulen“ erleichtern soll, da die außerordentlichen SchülerInnen über alle Sprengelgrenzen hinweg einem Standort zugeteilt werden können.

Vereinheitlichung, Standardisierung, Leistung

Das Regierungsprogramm verfolgt die Vorstellung, dass es möglich wäre, durch „eigene Deutschklassen für Schülerinnen und Schüler, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen“ den Übertritt ins Regelschulwesen vorzubereiten und anhand von „Nachweisen ausreichender Kenntnisse der Unterrichtssprache“ diesen schließlich zu gewährleisten. Es werden verbindliche Standards zur Feststellung der Schulreife angestrebt, die mit einem „Pflichtenheft Schulreife“ und Deutsch vor Schuleintritt verbunden werden. Außerdem soll über eine Präzisierung der fünfteiligen Notenskale „Notenwahrheit“ festgestellt werden.

Es ist eine bildungs- und damit gesellschaftspolitisch ausgesprochen gefährliche Illusion, zu glauben, dass die Vermittlung bzw. der Erwerb der deutschen Sprache außerhalb des Regelbetriebs erfolgen kann, und zwar in einem Maße, dass es einen standardisierten Zeitpunkt der Eingliederung von Schülerinnen und Schülern in das Regelschulwesen geben kann. Eine solche kategorische Trennung von Sprachvermittlung und Sachvermittlung entspringt einer Vorstellung vom schulischen Sprachenlernen, die Teil des Problems ist. Kinder lernen nicht zuerst Deutsch und dann etwas zu einem Thema oder Fach, sondern sie lernen mit dem Thema oder Fach gemeinsam die Sprache, die für die Behandlung des Themas oder Faches notwendig ist. Anstelle der Auslagerung eines Deutschunterrichts, von dem man sich, wenn man genauer nachdenkt, kein richtiges Bild machen kann, sollte umgekehrt der Unterricht an Schulen anerkennen, dass jeglicher Fachunterricht auch Sprachunterricht ist und so gestaltet werden, dass alle Kinder am Unterricht sprachlich partizipieren können. Der von der Regierung eingeschlagene Weg führt weiter in die



Sackgasse, aus der das Schulsystem dringend heraus muss, wenn die aktuellen Herausforderungen gemeistert werden sollen, und ignoriert die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Sprachlehrforschung der letzten Jahrzehnte.

Eine Verpflichtung mit Sanktionen suggeriert, dass die aktuellen Herausforderungen aus einem Unwillen heraus entstehen und glaubt, dass Schülerinnen und Schüler, sowie ihre Eltern zu „Leistung“, was immer das auch sein mag, gezwungen werden können. Doch die Schule ist keine Sportveranstaltung, wo durch noch mehr Training bessere Leistungen erzielt werden, zumal wenn es, wie angenommen werden darf, mehr vom Gleichen gibt. Schule ist ein Ort der Entwicklung, in der Potentiale entfaltet werden sollen. Dazu braucht es keinen Zwang, sondern Möglichkeiten.

Kinder aus dem Regelunterricht zu nehmen, diskriminiert diese Kinder, verstärkt Unterschiede und verhindert, voneinander zu lernen. Negative Effekte der Segregation, wie geringere Lernfortschritte als in durchmischten Gruppen, werden wirksam. Segregation hat sich bislang in keinem Land der Erde bewährt, um Menschen ins Bildungssystem zu integrieren und zu besonderen Leistungen zu motivieren.

Neben diesen allgemein pädagogischen Fragen, stellt sich auch die nach der praktischen Durchführbarkeit der segregierten Deutschklassen, vor allem im ländlichen Raum: Was macht eine Schule mit nur zwei oder drei SeiteneinsteigerInnen? Müssen diese Kinder in die Nachbarortschaft pendeln (Schulbusfrage!), wo sie mit anderen außerordentlichen SchülerInnen unterschiedlichen Alters in einer Klasse zusammengefasst werden? Was passiert mit jenen, die das Ziel der Ordentlichkeit schnell erreichen? Wie können sie mitten im Schuljahr in eine Regelklasse integriert werden? Unter Umständen ist auch die Klassenschülerhöchstzahl schon erreicht, und es gibt einfach keinen Platz mehr für sie. Allein in Wien gibt es derzeit 25.000 außerordentliche SchülerInnen. Chaotische Umstände zeichnen sich ab.

Und was ist unter „vorschulischen Einrichtungen“ zu verstehen? Vorschulklassen oder die der Regierung vorschwebenden reinen Deutschlernklassen wären eindeutig Teil des Schulsystems. Und gäbe es dann für jede Schulstufe eigene standardisierte Deutschtests? Auf welcher Basis sollte dieser entwickelt werden? Woher kommt die dafür notwendige Expertise und die für diese wiederum notwendigen finanziellen Mittel? Die vorliegenden Pläne sind nicht nur pädagogisch fragwürdig, sie sind auch von den Umsetzungsmöglichkeiten her unrealistisch.

Der Begriff der „Notenwahrheit“ zeigt, dass die VerfasserInnen des Programms wenig pädagogische Einblicke haben und die Illusion hegen, es gäbe „objektive“ Notengebung. Pädagogische Forschungen belegen das Gegenteil. Und es ist festzuhalten, dass von einem fünfteiligen Notensystem von der 1. Klasse an jene Kinder profitieren, die sich von Beginn an innerhalb der Norm bewegen, an der sich diese Skala orientiert, und dass andere systematisch ausgeschlossen werden. Kinder in der Klasse zeigen jedoch physiologische Unterschiede von Jahren. In der Zeit der Volksschule ist es daher wichtig, sich an



individuellen Lernzugängen und dem Lernbedarf der Kinder zu orientieren. Die Annäherung an die Leistungsorientierung der Schule sollte über mehrere Jahre stattfinden. Statt die Errungenschaft der offenen Leistungsbeurteilung in der Primarstufe wieder aufzugeben, wäre sie auf die Sekundarstufe I auszubauen. Das würde die Chancen auf erfolgreiche Bildungsverläufe nicht nur für mehrsprachige Kinder erhöhen.

Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben „angewandten bilingualen Unterricht durch dafür ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer auszubauen“, unter der Voraussetzung, das damit gemeint ist, LehrerInnen in die Lage zu versetzen, die Sprachen anerkannter Minderheiten und neuer Minderheiten zum selbstverständlichen Teil des Unterrichts werden zu lassen und dass darauf geachtet wird, dass zunehmend LehrerInnen in den Staatsdienst aufgenommen werden, die selbst in diesen Sprachen kompetent sind.

Wien, 17. Dezember 2017